Evangelisches Jugendwerk Frankfurt am Main e. V. Satzung

Inhaltsverzeichnis

1. Name und Sitz
2. Rechtsnachfolge
3. Satzungszweck, Verwirklichung, Steuerbegünstigte Zwecke
4. Öffnungsklausel
5. Selbstlose Tätigkeit
6. Mittelverwendung und Verbot von Vergünstigungen
7. Mitglieder
8. Beiträge
9. Organe
10. Mitgliederversammlung
11. Aufgaben der Mitgliederversammlung
12. Vorstand
13. Aufgaben des Vorstandes
14. Beschlussfähigkeit
15. Wahlen und Abstimmungen
16. Förder*innen
17. Organisationsregelungen
18. Satzungsänderung
19. Auflösung des Vereins

Organisationsstatut nach § 17

Geschäftsordnungen

§1 Name und Sitz

- (1) Der Verein trägt den Namen Evangelisches Jugendwerk Frankfurt am Main (EJW Frankfurt) e.V. und hat seinen Sitz in Frankfurt am Main.
- (2) Er ist im Vereinsregister beim Amtsgericht Frankfurt am Main unter Nummer 73 VR 10109 eingetragen.

§ 2 Rechtsnachfolge

Das Evangelische Jugendwerk Frankfurt am Main ist Fortsetzung des seit 1898 in Frankfurt am Main und Umgebung tätigen Jugendwerkes, das in verschiedenen organisatorischen Formen und unter wechselndem Namen (BK, CVJM, Ev. Jungmännerwerk, Ev. Jugendwerk, Ev. Jugendkanzlei, Ev. Jungen- und Jungmännerwerk, Ev. Jugendwerk Frankfurt am Main) den in § 3 Absatz 1 dieser Satzung genannten Vereinszweck verwirklicht hat.

§ 3 Satzungszweck, Verwirklichung, steuerbegünstigte Zwecke

- (1) Das EJW Frankfurt e.V. ist ein Jugendverband im Sinne des § 12 SGB VIII.
- (2) Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung (AO).
- (3) Zweck des EJW Frankfurt ist die
 - Förderung der Religion
 - Förderung der Jugendhilfe
 - Förderung der Erziehung, Volks- und Berufsbildung einschließlich der Studentenhilfe
 - Förderung des Wohlfahrtswesens, insbesondere der Zwecke der amtlich anerkannten Verbände der Freien Wohlfahrtspflege (Paragraf 23 der Umsatzsteuerdurchführungsverordnung), ihrer Unterverbände und ihre angeschlossenen Einrichtungen und Anstalten.
 - Förderung der Hilfe für politisch, rassistisch oder religiös Verfolgte, für Flüchtlinge, Vertriebene, Aussiedler, Spätaussiedler, Kriegsoffer, Kriegshinterbliebene, Kriegsbeschädigte und Kriegsgefangene, Zivilbeschädigte und Behinderte sowie Hilfe für Opfer von Straftaten; Förderung des Andenkens an Verfolgte, Kriegs- und Katastrophenopfer; Förderung des Suchdienstes für Vermisste;
- (4) Der Satzungszweck wird insbesondere verwirklicht durch:
 - die Durchführung kirchlicher Kinder- und Jugendarbeit in ihren unterschiedlichen Gestaltungsformen;
 - die Unterstützung von jungen Menschen in allen Lebenssituationen und in verschiedenen Formen der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit; die Zuwendung gilt Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen und erfolgt unabhängig von ihrer Mitgliedschaft zum EJW oder der ethnischen, konfessionellen, politischen oder sozialen Herkunft;
 - die Aus- und Weiterbildung der ehrenamtlichen Mitarbeiter*innen und Pfadfinderführer*innen, die Durchführung von Vorträgen, Seminaren, Lehrgängen, Schulungen, Kursen, Informationsveranstaltungen, Gesprächskreisen im Verein und bei anderen eigenständigen Organisationen, auch generationsübergreifende Themen betreffend; gemeinsame Aktivitäten, Veranstaltungen und Freizeitmaßnahmen, Kinder- und Jugendfreizeiten, sowie Zeltlager und Großfahrten; Freizeitangebote können dadurch erfolgen, dass der Verein eigene Freizeiten anbietet, Dachverband und andere Ortsvereine bei der Durchführung eigener Freizeiten unterstützt und das Freizeiten partnerschaftlich mit anderen eigenständigen Organisationen durchgeführt werden.
 - die Entwicklung neuer Arbeitsformen und deren Einführung in das EJW Frankfurt;
 - die Öffentlichkeitsarbeit;
 - die Durchführung von Jugendarbeit in evangelischen Kirchengemeinden im Großraum Frankfurt;

- die Mitgestaltung und Durchführung von Gottesdiensten sowie die Mitarbeit im Konfirmandenunterricht sowie Angebote zu Gesprächen und Gesprächskreisen, durch die der Austausch über das christliche Lebens- und Glaubensverständnis ermöglicht wird;
 - das Angebot seelsorgerischer Begleitung für Jugendliche und die Zusammenführung junger Menschen durch missionarische und diakonische Aktivitäten;
 - die Arbeit mit Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen und den Familien in Asylbewerberheimen und Flüchtlingsunterkünften; dies schließt die Unterstützung von Asylbewerber*innen und Migrant*innen bei der Integration in unsere Gesellschaft ein;
 - die Beratung über Erziehungshilfen für Männer und Frauen aller Altersgruppen sowie die Zusammenarbeit mit Schulen, Ausbildungsstätten, Vereinen, Institutionen, Behörden und Körperschaften jedweder Art.
- (5) Der Verein kann die vorgenannten steuerbegünstigten Zwecke auch dadurch verwirklichen, dass er gemäß § 58 Nr. 1 AO Mittel für andere steuerbegünstigte Körperschaften beschafft, die der Förderung der in Ziffer 3 genannten Zwecke dienen. Diese haben die ihnen zugewandten Mittel ausschließlich und unmittelbar für ihre steuerbegünstigten Zwecke zu verwenden. Die Mittelbeschaffung kann insbesondere auch in Form von Sachmittelbeschaffung und Überlassung von Wirtschaftsgütern geschehen.
- (6) Das EJW Frankfurt arbeitet selbständig innerhalb der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau (EKHN) und der Evangelischen Kirche in Kurhessen-Waldeck (EKKW).

§ 4 Öffnungsklausel

Der Verein ist unter Beachtung der Vorschriften der Abgabenordnung für steuerbegünstigte Körperschaften zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die der Erreichung oder Förderung des Vereinszwecks dienen.

§ 5 Selbstlose Tätigkeit

Der Verein ist selbstlos tätig; er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.

§ 6 Mittelverwendung und Verbot von Vergünstigungen

- (1) Die Mittel des Vereins dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden.
- (2) Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus Mitteln des Vereins.
- (3) Vorstandsmitglieder verrichten ihre Arbeit im Verein ehrenamtlich. Bei der Tätigkeit für den Verein entstehende Auslagen wie zum Beispiel Fahrtkosten, Telefon, Porto, Materialausgaben usw. werden gegen entsprechende Nachweise ersetzt.

- (4) Eine über die ehrenamtliche Vorstandstätigkeit oder Mitgliedschaft hinausgehende Tätigkeit kann auch gegen Entgelt ausgeübt werden. Über Umfang und Höhe der Entgelte entscheidet der Vorstand.
- (5) Steuerfreie Aufwandsentschädigung für Mitglieder oder Vorstandsmitglieder des Vereins können insoweit gezahlt werden, wenn diese aufgrund gesetzlicher Bestimmungen möglich sind. Über Umfang und Höhe der Zahlungen dieser pauschalen Aufwandsentschädigung im Sinne des § 3 Nr. 26, 26a und 26b EStG, entscheidet der Vorstand.
- (6) Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck des Vereins fremd sind oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

§ 7 Mitglieder

- (1) Mitglieder können nur natürliche Personen werden.
- (2) Der Beginn der Mitgliedschaft wird durch Beschluss des Vorstandes festgestellt. Es muss ein schriftlicher Aufnahmeantrag vorliegen, dem auch die unterschriebene Verpflichtung zur aktiven Mitarbeit für ein Jahr (Verspruch) beigefügt ist.
- (3) Die unterschriebene Verpflichtung zur aktiven Mitarbeit für ein Jahr (Verspruch) muss jährlich erneuert werden, andernfalls endet die Mitgliedschaft mit Ablauf des Zeitraums, für den die Verpflichtung eingegangen wurde.
- (4) Endet die aktive Mitarbeit, kann eine „schaft“ beantragt werden. Über den Antrag entscheidet der Vorstand.
- (5) Die Mitgliedschaft endet
 - (a) durch Erklärung gegenüber dem Vorstand.
 - (b) durch Zeitablauf,
 - (c) durch Tod,
 - (d) durch Beschluss des Vorstandes.Beschließt der Vorstand die Beendigung der Mitgliedschaft eines Mitgliedes, so endet die Mitgliedschaft einen Monat nach Bekanntgabe des Beschlusses gegenüber dem Mitglied. Innerhalb dieser Frist kann das Mitglied gegen den Vorstandsbeschluss Einspruch einlegen. Dieser Einspruch muss schriftlich erfolgen und hat aufschiebende Wirkung. Die Mitgliederversammlung entscheidet in ihrer nächsten Sitzung endgültig. Ein Rechtsanspruch auf Mitgliedschaft oder Mitglied als Förder*in besteht nicht.

Ein Mitglied kann aus dem Verein ausgeschlossen werden, wenn ihr/sein Verhalten in grober Weise gegen die Interessen des Vereins verstößt. Dazu gehört auch die Nichtzahlung von Beiträgen. Über den Ausschluss entscheidet der Vorstand.

§ 8 Beiträge

- (1) Die Mitglieder können zur Zahlung eines Mitgliedsbeitrages verpflichtet werden. Die Höhe der Beiträge und deren Fälligkeit bestimmt die Mitgliederversammlung.
- (2) Die Mitgliederversammlung kann beschließen, dass Mitgliedsbeiträge und Sonder- (Förder-)beiträge nach Alter und Nutzen der Angebote gestaffelt und in einer Beitragsordnung festgelegt werden. Für einkommensschwache Mitglieder können Beitragsermäßigungen gewährt werden.
- (3) Die Mitgliederversammlung kann beschließen, dass für Sonderleistungen des Vereins Sonderbeiträge erhoben werden.

§ 9 Organe

Organe des Vereins sind die Mitgliederversammlung und der Vorstand.

§ 10 Mitgliederversammlung

- (1) Die Mitgliederversammlung wird durch die aktiven Mitglieder und die Vorstandsmitglieder gebildet.
- (2) Stimmrecht haben die aktiven Mitglieder und die Vorstandsmitglieder. Förder*innen haben kein Stimmrecht.
- (3) Der Vorstand kann weiteren Personen das Stimmrecht zuerkennen, z. B. Mitgliedern mit besonderen Leitungs- und Verwaltungsaufgaben.
- (4) Jedes Mitglied hat eine Stimme. Das Stimmrecht kann nur persönlich ausgeübt werden.
- (5) Bei Abstimmungen entscheidet die einfache Mehrheit der abgegebenen, gültigen Stimmen. Stimmenthaltung und ungültige Stimme bleiben außer Betracht
- (6) Die nötigen Feststellungen trifft der Vorstand.
- (7) Die Mitgliederversammlung findet mindestens einmal jährlich statt. Die / der 1. Vorsitzende oder der Vorstand lädt mindestens zwei Wochen vorher mit Bekanntgabe der Tagesordnung in Textform dazu ein.
- (8) Die Mitgliederversammlung muss vom Vorstand einberufen werden, wenn mindestens ein Drittel der stimmberechtigten Mitglieder es schriftlich unter Angabe der Tagesordnung verlangt.
- (9) Zur Mitgliederversammlung sind alle Mitglieder, Vorstandsmitglieder sowie als Gäste die Förder*innen zu laden.

§ 11 Aufgaben der Mitgliederversammlung

- (1) Zu den Aufgaben der Mitgliederversammlung gehören insbesondere:
 1. Wahl des Vorstandes.
 2. Beratung und Entscheidung über Grundsatzfragen der Jugendarbeit.
 3. Beratung und Beschlussfassung über grundsätzliche Fragen des Arbeitsprogramms.
 4. Stellungnahme zum Jahresbericht des Vorstandes.
 5. Beratung und Beschluss über den Haushaltsplan, den Jahresabschluss, Wahl der / des Kassenprüfer*in, Entgegennahme der Prüfberichte und Entlastung des Vorstandes.
 6. Festsetzung von Beiträgen und Umlagen.
 7. Bildung von Ausschüssen und Wahl der Delegierten.
 8. Beschlussfassung über Mitgliedschaft in Werken, Verbänden und anderen Organisationen.
 9. Beschlussfassung über Satzungsänderungen.
 10. Beschlussfassung über die Auflösung des Vereins.
 11. Weitere Aufgaben, soweit sich diese aus der Satzung oder nach dem Gesetz ergeben.
- (2) Die Geschäftsordnung der Mitgliederversammlung ist im Rahmen des Organisationsstatutes (§17) zu regeln.

§ 12 Vorstand

- (1) Der Vorstand im Sinne des § 26 BGB besteht aus sechs Mitgliedern, und zwar aus der/dem 1. Vorsitzenden, seiner*m Stellvertreter*in und vier weiteren Mitgliedern. Sie vertreten den Verein gerichtlich und außergerichtlich. Je zwei Vorstandsmitglieder vertreten den Verein gemeinsam im Sinne des § 26 BGB. Die Zuständigkeiten werden im Rahmen der Geschäftsordnung des Vorstandes geregelt.
- (2) Die Mitglieder des Vorstandes müssen Vereinsmitglieder, volljährig und Mitglied einer christlichen Kirche sein. Die / der 1. Vorsitzende, ihre/sein Stellvertreter*in und ein weiteres Mitglied müssen evangelisch und sollen berufene Teamleiter*innen sein. Sie dürfen nicht in einem Beschäftigungsverhältnis zum EJW Frankfurt, zum EJW Hessen oder einem der Mitgliedsvereine stehen.
- (3) Die Mitgliederversammlung wählt in je einem gesonderten Wahlgang die / den 1. Vorsitzende*n und ihre / seinen Stellvertreter*in. Die übrigen Mitglieder werden in einem Wahlgang gewählt.
- (4) Die / der Vorsitzende beruft den Vorstand nach Bedarf in Textform unter Angabe der Tagesordnung zu seinen Sitzungen ein. Sie /er muss ihn einberufen, wenn mindestens zwei Vorstandsmitglieder dies verlangen. Die /der Vorsitzende kann geeignete Personen als Sachverständige mit beratender Stimme zu seinen Sitzungen einladen.

- (5) Das Amt der / des Finanzverantwortlichen und sonstige Ämter verteilt der Vorstand unter sich.
- (6) Die Amtsdauer der / des 1. Vorsitzenden beträgt fünf Jahre, die der übrigen Mitglieder vier Jahre. Wiederwahl ist zulässig. Die Amtszeit bei Nachwahlen gilt für die Restwahlzeit des ersetzten Vorstandsmitgliedes.
- (7) Ein Vorstandsmitglied kann auf Antrag von einem Viertel der stimmberechtigten Mitglieder mit Zweidrittel-Mehrheit der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder der Mitgliederversammlung abgewählt werden. Der Antrag muss den stimmberechtigten Mitgliedern mindestens zwei Wochen vor der Mitgliederversammlung bekannt sein.

§ 13 Aufgaben des Vorstandes

- (1) Der Vorstand hat die Beschlüsse der Mitgliederversammlung auszuführen, die Geschäfte zu führen und neue Formen der Jugendarbeit anzuregen und zu erproben.
- (2) Zum Verantwortung- und Tätigkeitsbereich des Vorstandes gehören insbesondere:
 1. Veranstaltungen, Aktionen und Arbeitsprogramme des Werkes.
 2. Anstellung und Entlassung von hauptamtlichen Mitarbeiter*innen sowie die Arbeitsverteilung, Dienstanweisung und Dienstaufsicht.
 3. Beauftragung und Entlassung von Leiter*innen der Gruppen.
 4. Zulassung zum Teamleitungskurs im Einvernehmen mit den Fachgremien.
 5. Berufung von Jugendleiter*innen, Mitarbeiter*innen und Pfadfinderführer*innen nach entsprechender Ausbildung. Die Berufung erfolgt im Einvernehmen mit den Fachgremien.
 6. Koordinierung der Arbeitsbereiche.
 7. Öffentlichkeitsarbeit.
 8. Einberufung der Mitgliederversammlung.
 9. Arbeitsverbindungen mit den Kirchengemeinden.
 10. Berufung und Entlassung von Beiräten.
 11. Pflege der Außenbeziehungen.
 12. Aufnahme von Förder*innen.

§ 14 Beschlussfähigkeit

- (1) Die ordnungsgemäß einberufene Mitgliederversammlung ist beschlussfähig.
- (2) Satzungsänderungen bedürfen der Zustimmung von mindestens zwei Drittel der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder.
- (3) Der Vorstand ist in einer ordentlich einberufenen Sitzung beschlussfähig, wenn mindestens vier seiner Mitglieder anwesend sind.

§ 15 Wahlen und Abstimmungen

- (1) Die Wahlen zum Vorstand erfolgen geheim.
- (2) Für Wahlen in den Vorstand ist in den beiden ersten Wahlgängen die absolute Mehrheit der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder notwendig. Im dritten Wahlgang genügt die einfache Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen. Bei den übrigen Wahlen genügt die einfache Mehrheit der abgegebenen, gültigen Stimmen.
- (3) Bei Abstimmungen ist die einfache Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen notwendig. Bei Stimmgleichheit gilt der Antrag als abgelehnt.

§ 16 Förder*innen

- (1) Förder*innen sind natürliche Personen, die das Evangelische Jugendwerk Frankfurt e.V. finanziell unterstützen, und deren Aufnahmeantrag der Vorstand zugestimmt hat.
- (2) Förder*innen werden ohne Stimmrecht zur Mitgliederversammlung und ggf. zu Veranstaltungen des Vereins eingeladen.
- (3) Zudem sind die Förder*innen im Finanzausschuss vertreten. Näheres regelt das Organisationstatut.

§ 17 Organisationsregelungen

Die Mitgliederversammlung regelt organisatorische Angelegenheiten, insbesondere

- (a) die Dauer und Voraussetzungen der Mitgliedschaft,
- (b) Kriterien für den Status Mitglied, Vorstandsmitglied und Förder*in,
- (c) die Berufung von Ausschüssen,
- (d) die Art und Höhe der Mitgliedsbeiträge,
- (e) die Geschäftsordnung der Mitgliederversammlung und des Vorstandes in einem Organisationsstatut

§ 18 Satzungsänderung

- (1) In der Einladung zur Mitgliederversammlung ist der Wortlaut der Satzungsänderung mitzuteilen.
- (2) Satzungsänderungen bedürfen der Zustimmung von mindestens zwei Drittel der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder.

§ 19 Auflösung des Vereins

- (1) Über die Vereinsauflösung kann nur eine eigens hierzu einberufene Mitgliederversammlung entscheiden. Der Beschluss muss von mindestens drei Vierteln der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder gefasst werden.

- (2) Bei Auflösung oder Aufhebung des Vereins oder bei Wegfall des bisherigen Vereinszwecks fällt das Vereinsvermögen dem Verein Freunde der Evangelischen Jugendwerke e. V. (FEJ) mit Sitz in Frankfurt am Main zu, der es ausschließlich und unmittelbar für seine satzungsmäßigen gemeinnützigen Zwecke zu verwenden hat.
- (3) Sollte der Vermögensübergang an den in Absatz 2 genannten Verein nicht möglich sein, darf das Vermögen nur zu steuerbegünstigten Zwecken verwendet werden. Dazu bedarf es der Zustimmung des Finanzamtes.

Floum Fral

Stefan

Organisationsstatut gemäß
§ 17 der Satzung

1. Ausschüsse

- (1) Es wird ein Finanzausschuss gebildet.
- (2) Ihm gehören an
 - a. die / der Finanzverantwortliche,
 - b. ein weiteres Vorstandsmitglied.
 - c. die / der Leitende Referent*in des Evangelischen Jugendwerkes Hessen e.V. als Vertreter*in des Dachverbandes
 - d. drei Delegierte der Mitgliederversammlung.
 - e. maximal drei vom Vorstand berufene Sachverständige.
 - f. Ein bis maximal zwei Vertreter*innen der Förder*innen.
- (3) Aufgabe des Finanzausschusses ist die Aufstellung des Haushaltsplanentwurfes, die laufende Kontrolle der ordnungsgemäßen Abwicklung des beschlossenen Haushaltsplanes und Beschlüsse über außerplanmäßige Ausgaben innerhalb des laufenden Haushaltsjahres.
- (4) Förder*innen sind insbesondere bei der Verwendung der Spenden und der Förderbeiträge im Finanzausschuss zu hören. Die Einplanung in den Haushalt folgt im Benehmen mit den Förder*innen.

2. Geschäftsordnung für die Mitgliederversammlung

- (a) Der Vorstand bestimmt Ort und Zeit der Tagung, legt die Tagesordnung (TO) fest und lädt fristgerecht in Textform ein. Der Termin der Mitgliederversammlung sollte in der Regel wenigstens sechs Wochen vorher bekannt sein (Veröffentlichung im Jahresplan oder durch schriftliche Mitteilung an die Mitglieder).
- (b) Jedes stimmberechtigte Mitglied kann bis zwei Wochen vor dem bekannten Termin TO-Punkte dem Vorstand vorschlagen. Über die Aufnahme in die TO entscheidet der Vorstand. Wird ein TO-Vorschlag von mindestens 10 stimmberechtigten Mitgliedern gemacht, muss er in die TO aufgenommen werden.
- (c) Die Vorschrift der Satzung in § 12 (8) wird durch diese Regelungen nicht berührt.
- (d) Die Mitgliederversammlung (MV) ist für die Mitglieder der Mitgliedsvereine des EJW Hessen öffentlich. Gleiches gilt für die Glieder der Heliand-Schwestern-/Bruderschaft. Über die Einladung bzw. Zulassung von Gästen entscheidet der Vorstand.

- (e) Rederecht haben alle Mitglieder des Vereins; Antrags- und Stimmrecht haben nur die stimmberechtigten Mitglieder. Die / der Verhandlungsleiter*in kann sonstigen Anwesenden das Wort erteilen.
- (f) Die MV wird durch ein Mitglied des Vorstandes eröffnet, geleitet und geschlossen.
- (g) Nach Feststellung der Beschlussfähigkeit ist ein*e Verhandlungsleiter*in zu wählen.
- (h) Durch Beschluss der Mitgliederversammlung kann in dringenden Fällen die Tagesordnung zu Beginn der Versammlung ergänzt werden. Ferner kann die Mitgliederversammlung die Reihenfolge der Tagesordnung durch Beschluss zu Beginn der Verhandlung verändern.
- (i) Es wird ein Beschlussprotokoll geführt, das von der / dem Protokollführenden und zwei Vorstandsmitgliedern unterzeichnet wird. Das Protokoll ist allen stimmberechtigten Mitgliedern zuzustellen.
- (j) Jedes stimmberechtigte Mitglied kann sich durch einfaches Handzeichen zu Wort melden. Die Reihenfolge der Wortmeldungen ist für die Erteilung des Wortes maßgebend. Aus Gründen der Zweckmäßigkeit kann die / der Verhandlungsleiter*in Änderungen eintreten lassen.
- (k) Mit Einverständnis der MV kann die Redezeit begrenzt werden.
- (l) Die / der Verhandlungsleiter*in kann bei Redezeitüberschreitung, bei massivem Abweichen vom Thema oder bei unsachlichen persönlichen Angriffen die / den Redner*in mahnen und ihr / ihm bei nochmaliger Mahnung das Wort entziehen.
- (m) Die / der Verhandlungsleiter*in kann zur Sache sprechen. Sollten mehrere Wortmeldungen vorliegen, so muss sie/er laut benennen, wann sie/er ihre/seine Meldung äußern kann.
- (n) Jedes stimmberechtigte Mitglied kann Anträge zu Punkten der TO stellen. Diese müssen schriftlich an die / den Verhandlungsleiter*in gegeben werden. Dies gilt nicht für Anträge zur Geschäftsordnung.
- (o) 4.2. Liegen zu derselben Sache mehrere Anträge vor, so wird über den weitergehenden Antrag jeweils vorweg abgestimmt.
- (p) Wenn ein Drittel der stimmberechtigten Mitglieder es verlangt, ist geheim abzustimmen. §15 der Satzung bleibt unberührt.
- (q) Bei Abstimmungen unterlegene Minderheiten können ihre Meinung als solche gekennzeichnet zu Protokoll geben.
- (r) Bei Personaldebatten muss die betroffene Person den Raum verlassen.

- (s) Wortmeldungen, die Fragen der Geschäftsordnung betreffen (Heben beider Hände), haben Vorrang gegenüber anderen Wortmeldungen.
- (t) Bei Anträgen zur Geschäftsordnung ist noch eine Wortmeldung dafür und eine dagegen zu erteilen; spricht keiner dagegen, ist der Geschäftsordnungsantrag automatisch angenommen.
- (u) Bei Anträgen auf Schluss der Redner*innenliste muss noch allen vorliegenden Wortmeldungen stattgegeben werden. Anträge auf Schluss der Debatte sind nicht zulässig.
- (v) Bei Meinungsverschiedenheiten über die Geschäftsordnung entscheidet das Vorstandsmitglied, das die Sitzung leitet

2. Geschäftsordnung für den Vorstand des Evangelische Jugendwerkes Frankfurt am Main

- (a) Die / der 1. Vorsitzende lädt zu den Vorstandssitzungen (VS) mindestens eine Woche vorher ein. Der Einladung sollte eine Tagesordnung und nach Möglichkeit Arbeitsunterlagen zu den Verhandlungspunkten beigefügt sein. Der Vorstand sollte monatlich einmal tagen.
- (b) Die Vorstandssitzungen werden von der / dem 1. Vorsitzenden eröffnet, geleitet und geschlossen.
- (c) Es wird ein Beschlussprotokoll geführt, das von der / dem Protokollführenden und einem Vorstandsmitglied zu unterzeichnen ist.
- (d) Die Vorstandssitzungen sind nicht öffentlich. Der Vorstand kann jedoch Gäste zulassen.
- (e) Durch Vorstandsbeschluss sind die Vertretungsbefugnisse der einzelnen Vorstandsmitglieder festzulegen. (§ 12 (1) der Satzung)
- (f) Im Übrigen gilt die Geschäftsordnung der Mitgliederversammlung sinngemäß.

3. Regelungen zu den Förder*innen

Ein*e Förder*in zu sein setzt in der Regel eine jährliche Spende von mindestens 36,00 € an das EJW Frankfurt e.V. voraus, über Ausnahmen und eine Übergangsregelung entscheidet der Vorstand.